



Bundesverband e.V.

PRESSEINFORMATION

AWO-Sozialbarometer zeigt: Unbehagen der Bürger angesichts wachsender sozialer Ungleichheit

88 Prozent aller Bürger sind der Meinung, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich in den letzten zehn Jahren „eher größer geworden“ sind. Das zeigen die Ergebnisse des aktuellen AWO Sozialbarometers. „Die Menschen haben offenbar ein sehr feines Gespür für soziale Unwuchten in unserem Land. Denn auch das deutsche Jobwunder der letzten Jahre, kann nicht über das stetige Auseinanderdriften von Arm und Reich hinwegtäuschen“, erklärt AWO Vorstandsvorsitzender Wolfgang Stadler. Auffällig dabei: Dieses Ungerechtigkeitsempfinden ist unbeeinflusst vom Alter, Geschlecht und Bildungsgrad der Befragten. Selbst Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro und mehr sagen zu 87 Prozent, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich gravierender geworden sind.

„Die Politik sollte daraus die richtigen Schlüsse ziehen, denn die Gesellschaft ist sich durchaus bewusst, dass es, um diesen Trend umzukehren, eine mutige politische Steuerung braucht“, hebt Stadler hervor. Denn auf die Frage, ob der Staat bei wachsenden Vermögensunterschieden eingreifen sollte, sind die Aussagen ebenso eindeutig. Insgesamt 71 Prozent wollen, dass der Staat hier stärker steuert und regulierend tätig wird. „Die Mehrheit wünscht sich demnach einen Staat, der auf den Ausgleich innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen abzielt“, unterstreicht der Vorstandsvorsitzende. Ausdrucksstark drängen sich dabei auch die Ergebnisse in Korrelation zur Parteipräferenz auf. Demnach fordern 59 Prozent der Befragten, die den Unionsparteien nahe stehen, den Staat auf, stärker etwas gegen die Vermögensunterschiede im Land zu unternehmen. Bei der SPD sind es 77 Prozent, bei der Linkspartei 95 Prozent und bei Bündnis 90/Die Grünen 87 Prozent, die eine entschiedene, umverteilende Politik herbeisehnen. Diese Ergebnisse belegen einmal mehr: „Parteien und Regierungen dürfen auf Dauer keine Politik machen, die an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht. Mit einem solchen Handeln, wie es leider in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu beobachten ist, gefährden sie langfristig das demokratische und vor allem soziale Miteinander in Deutschland“, betont Stadler.

Berechtigerweise stellt sich auch die Frage, welche Rolle den Wohlfahrtsverbänden zur Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Armutsbekämpfung zukommen sollte. „Dass 92 Prozent der Befragten im Handeln der AWO und anderen Verbänden eine ‚wichtige‘ bis ‚sehr wichtige‘ Rolle sehen, ermutigt uns in unserem stetigen Streiten für eine solidarische Gesellschaft“, so Stadler. Insbesondere die Wertschätzung junger Menschen 18 bis 29-Jährige weisen den Wohlfahrtsverbänden zu 93 Prozent eine wichtige bis sehr wichtige Rolle zu sei ein Fingerzeig für die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände in der Zukunft. Die AWO Forderungen die Vermögensbesteuerung in Deutschland neu zu gestalten ist deshalb absolut richtig. Die AWO fordert die Abgeltungssteuer wieder abzuschaffen und will, dass Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Finanztiteln sowie Dividenden und Zinsen in die progressive Besteuerung zurückgeführt werden. Zudem ist die seit 1997 aufgehobene Vermögenssteuer einzuführen und die Freibeträge der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu senken. „Das Werkzeug für eine gerechtere Gesellschaft liegt parat, die Politik muss es nur nutzen“, schließt der Vorstandsvorsitzende ab.

Das AWO-Sozialbarometer fragt nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Die Studie wird von TNS-Infratest durchgeführt.

Weitere Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org

Kontakt

Peter Kuleßa

030/26309-4553

peter.kulessa@awo.org